

ZS-1013-1

Institut für Zeitgeschichte München ARCHIV
1948/56

Interrogation Nr. 997.

Vernahmung von Dr. Justus REYER,
SS-Obersturmbannfuehrer,
Official am III RSHA,
durch Mr. Erik J. GRENNAH,
auf Veranlassung von Mr. HALTON,
am 30. April 1947 von 9.30 bis 11.45 Uhr vormitte,
Stenographia: Gertrud WIESE.

1. P. 1 Geben Sie Ihren vollen Vor- und Zuname an.

A. 1 Dr. Justus REYER.

2. P. 1 Was und wo sind Sie geboren?

A. 1 16. April 1896 in Belzow/Pommern.

3. P. 1 Stehen Sie auf und sprechen Sie den Eid nach: Ich schwere bei Gott
den Allmächtigen und Alleleibenden, dass ich die reine Wahrheit sage,
nichts verschweigen und nichts hinzusetzen werde, so wahr mir Gott
hilfe.

A. 1 Ich schwere bei Gott den Allmächtigen und Alleleibenden, dass ich
die reine Wahrheit sage, nichts verschweigen und nichts hinzusetzen
werde, so wahr mir Gott hilfe.

4. P. 1 Nehmen Sie Platz. - Sie wissen, dass Unterlassungen in einer Aussage
unter Eid als ebenso schwere Klauberletsung betrachtet werden, wie
eine falsche Aussage?

A. 1 Ja.

5. P. 1 Haben Sie jemals einen anderen Namen als den von Justus REYER gefuehrt?

A. 1 Nein.

6. P. 1 Sie sind deutscher Staatsangehoeriger?

A. 1 Ja.

7. P. 1 Verheiratet?

A. 1 Ja.

9.F.: Haben Sie Kinder?

A.: Nein.

9.F.: Seit wann sind Sie verheiratet?

A.: 29.April 1946.

10.F.: Wann traten Sie in die NSDAP ein?

A.: 1.Dezember 1931.

11.F.: Was war Ihre Mitgliedsnummer?

A.: 560875.

12.F.: Die Nummer stimmt mit den Akten ueberein. Welche Funktionen innerhalb der NSDAP haben Sie ausgefuehrt?

A.: Sie weisen rein politische Leiter Funktionen.

13.F.: Darauf bezog sich die Frage.

A.: Auch in der NSDAP selbst, dazu gehoerte die politische Leitungorganisation und da wurde ich 1942 Abschnittsleiter in der Parteikanzlei.

14.F.: Haben Sie jemals einen höheren Dienstgrad oder Dienststellung innerhalb der NSDAP als die eines Abschnittsleiters gehabt?

A.: Nein. Verbunden war damit die Funktion des Reichshauptstellenleiters. Die Ernennung erfolgte gleichzeitig.

15.F.: Haben Sie schon vor diesem Datum der politischen Leitung angehoert?

A.: Ich kam im April 1941 in die Parteikanzlei. Mir wurde aber erst ein Jahr darnach der Titel eines politischen Leiters verliehen.

16.F.: Wann traten Sie in die allgemeine SS ein?

A.: Ich bin eingetreten im Juni 1934.

17.F.: Mit welchen Dienstgrad?

A.: Als SS-Mann. Ich wurde von der SA ueberstellt.

18.F.: Was war Ihr letzter Dienstgrad in der allgemeinen SS?

A.: SS-Obersturmbannfuehrer.

19.F.: Waren Sie jemals Mitglied der Waffen-SS?

A.: Nein.

20.F.: Waren Sie jemals Mitglied der SS-Potenkopfverbände?

A.: Nein.

21.F.: Seit wann waren Sie Mitglied der SA?

A.: Da bin ich eingetreten im Herbst 1932.

22.F.: Bis wie lange waren Sie bei der SA?

A.: Bis zu meinem Eintritt in die SS im Juni 1938.

23.F.: Was war Ihr erster Dienstgrad in der SA?

A.: SA-Mann.

24.F.: Ihr letzter?

A.: SA-Rottenfuehrer.

25.F.: Was war Ihre SS Mitgliedsnummer?

A.: 107138.

26.F.: Auch diese Nummer stimmt mit den Akten ueberein. Welchen Gliederungen oder angeschlossenen Verbänden der NSDAP haben Sie noch angehört?

A.: Ich war im NS Reichsschutzbund.

27.F.: Von wann bis wann?

A.: Seit 1933.

28.F.: Welche Funktionen oder welche Dienststellungen hatten Sie im NS Reichsschutzbund?

A.: Ich hatte keine Dienststellung, ich war einfach Mitglied.

29.F.: Welchen Gliederungen haben Sie sonst noch angehört?

A.: Der NSV.

30.F.: Haben Sie eine Funktion in der NSV ausgeübt?

A.: Nein.

31.F.: Fahren Sie fort.

A.: Dann war ich im Reichssicherheitsbund und wenn Sie innerhalb der SS noch die besonderen Gliederungen notieren müssen beim Sicherheitsdienst.

32.V.: Darauf kommen wir später noch.

A.: Ja.

33.V.: Geben Sie mir zunächst eine chronologische Entwicklung Ihrer Schulbildung.

A.: Ich bin der Sohn eines evangelischen Pfarrers und war erst in Privatunterricht bei meinen Eltern, da ich gesundheitlich nicht in der Lage war, die Volksschule zu besuchen. Dann kam ich im dritten Schuljahr zur Volksschule und mit Verzettelung meines Vaters zur Stadt Sonnenhausen in Thüringen, in das dortige Gymnasium, wo ich 1928 das Abitur machte. Dann studierte ich zunächst an der Universität Marburg Rechts- und Staatswissenschaften, also genau April 1930. Ich ging von dort im April 1930 zur Universität nach Bonn, studierte dort das gleiche und im April 1931 nach Jena. Ich habe dort am 26.1.1933 das Referendar-Examen am Oberlandesgericht Jena mit der Note "vollbefriedigend" absolviert. Ich habe dann seit Januar 1933 sofort im Anschluss an mein Examen eine Anstellung beim Universitätsassistenten der Universität Jena, sociologisches Seminar, eine Anstellung als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter gefunden mit der Aufgabenbeschreibung von monatlich etwa 100,- Mark. Keine Aufgabe war besonders vorbereitende wissenschaftliche Arbeiten für ein wissenschaftliches Werk auf dem Gebiet des Zivilrechts fertig zu stellen. Ich habe während 1933 noch weiterhin das Universitätsseminar besucht, da ich die Absicht hatte, die Universitätslaufbahn einzuschlagen, oder sonst wissenschaftlich tätig zu werden. Gleichzeitig begann ich den Auftrag, das wissenschaftliche Schrifttum über die Frage der Entwicklung des sächsischen Schrifttums von 1918

- A.: bis 1933 nach seinen geistig-wissenschaftlichen Grundlagen durcharbeiten.
 In Verfolge dieses Auftrages war ich vom Herbst bis April 1934 in der deutschen Bibliothek in Leipzig tätig. Ende April 1934 erhielt ich eine Einberufung in das damalige Kulturreferat im Sicherheitsamt des Reichsführers SS. Ich hatte mich zu dieser Stelle nicht beworben, war aber aus der Tätigkeit an der Universität Jena als wissenschaftliche Fachkraft empfohlen worden. Das Einberufungsschreiben lautete etwa: "Sie werden zum 1. Mai als Hilfsnachbearbeiter in das Kulturreferat des Sicherheitsamtes München eingesetzt, erhalten eine Aufwandsentschädigung von 200,- bis 250,- Mark und können Ihre Gerichtstätigkeit fortsetzen."
- Ich habe darin einen Abordentenbefehl gesehen und war nicht auf den Gedanken, irgendwelche Bedenken wegen meiner beruflichen Laufbahn geltend zu machen. Dem Sicherheitsdienst gehörte ich damals nicht an. Ich war SA Rottenführer und habe im Sicherheitsamt auch zunächst in dieser Eigenschaft gearbeitet. Im Sicherheitsamt München war es zunächst meine Aufgabe, die Tageszeitungen nach Mitteilungen über kulturelle Fragen durchzusehen und wichtige Vorgänge auszuschneiden und in der bayrischen Staatsbibliothek wissenschaftliche Unterlagen einzusehen, die für Auskäufzwecke benötigt wurden.
- 34.7.: Darf ich Sie bitten den Begriff kulturelle Fragen etwas zu erläutern?
- A.: Der Inlandsnachrichtendienst gliederte sich in die Gebiete: 1. Verwaltung und Recht, 2. Volkstum und Volksgesundheit, 3. Kultur und 4. Wirtschaft. Zum Gebiet der Kultur gehörten die Sachgebiete Wissenschaft, Freizeit, Kunst und Volkskultur und Presse. Diese Aufgliederung der Berichterstattung auf kulturelles Gebiet ist aber erst im Laufe der Entwicklung erfolgt. Damals (1934) war die Berichterstattung über kulturelle Fragen in Berlin im Aufbau. Es wurden damals in erster Linie nur Fragen der Wissenschaft und Schulfragen bearbeitet. Mir wurde bei der Einführung durch den Zentralabteilungsleiter Dr. LIPPEN, damals Standartenführer, erklärt,

A.: dass es sich um eine Informationsstelle handle, in der die fachenden Stellen ueber die sie interessierenden Fragen, auch auf dem Gebiet der Kultur unterrichtet wurden.

35.F.: Meine Frage nach der Auslegung oder Erklarung des Begriffes Kulturfragen scheint mir doch noch unvollstaendig zu sein. Sie haben ausgelassen worauf sich das bezog.

A.: Ich waere jetzt in einzelnen darauf gekommen, weil ich das wissenschaftliche Referat als Spezialist hatte. Ich habe in der ersten Zeit nur Akten und Sachen zusammengetragen.

36.F.: Wo war Ihre Dienststelle?

A.: Die Stelle war zuerst in Muenchens.

37.F.: Vor war Ihr unmittelbarer Vorgesetzter als Sie zuerst im Mai 1936 zum Sicherheitsamt kommt in Muenchens?

A.: Mein unmittelbarer Vorgesetzter war in Muenchens der Universitaetsdozent Dr. ROHRS, der damals ueberwieglich kulturelle Fragen in Muenchens bearbeitete und der mich vorher in Jena kennen gelernt hatte. Der Abteilungsleiter war Major HUGO, aus dessen Arbeitsgebiet aber bald das Kulturreferat herangetrieben wurde. Der Zentralabteilungsleiter (oder Stabsleiter) des Sicherheitsamtes war der damalige Sturzkampfuehrer LEPPOLD.

In Berlin wurde die Berichterstattung auf kulturellem Gebiet ausgebaut. Nachdem die Referate des Sicherheitsamtes sich anfangs in erheblichen Massen mit weltanschaulichen Fragen befaest hatten, z.B. in Verbindung mit einem Freizeitarchiv, sollten im Kulturreferat und spater entsprechend im Rechts- und Wirtschaftsreferat eine planmässige Erfassung der Entwicklung der und Lage auf den Lebensgebieten erfolgen. Aufgabe der Sachbearbeiter auf kulturellem Gebiet war es, alle Berichte

- A.1 der ehrenamtlichen Mitarbeiter und Vertrauensbeamter auf kulturellen Gebiet zusammenfassen und der vorgesetzten S, alle bei Wichtigkeit vorzulegen.
- * 38.7.: Das bezog sich auf das deutsche Reichsgebiet als auch auf das Ausland?
- A.1 Nein. Diese Arbeit bezog sich im sog. Kulturreferat bzw. Kulturrat (die Bezeichnung hat gewechselt) auf die innerdeutschen Verhältnisse. Die Auslandesfragen sind im Reichssicherheitskauptamt durch besonders Abteilungen bearbeitet werden. Entsprechend meiner Vorbildung wurde ich besonders mit der Bearbeitung eingehender Berichte auf wissenschaftlichem Gebiet befasst.
- 39.7.: Wie verstehen Sie als wissenschaftliches Gebiet?
- A.1 Das Gebiet Wissenschaft umfasst einmal Informationen über Entwicklung und Lage in Universitäten, Hochschulen, Akademien, Gesellschaften, sodann die Entwicklung in den wissenschaftlichen Fachgebieten wie Philosophie, Literaturwissenschaft, Naturwissenschaft und Berichte über wichtige wissenschaftliche Neuerscheinungen in Schriften.
- No.7.: Um das alles auf einen Nenner zu bringen, könnten man doch wohl sagen, wie weit diese Entwicklung die Sie hier beschreiben, gemessen an dem Maßstab der nationalsozialistischen Weltanschauung entweder abweichen oder konform gingen, nicht wahr?
- A.1 Es ist nicht ganz so gewesen, also das nur spezifisch die Aufgabe eugen wir der Dienststelle ROSENTHAL. ROSENTHAL wollte die Entwicklung des geistigen Lebens in Verhältnis seiner Entwicklung zur Weltanschauung darlegen.
- No.7.: Un jedenfalls aber, was Sie als wichtige Vorgänge bezeichnet haben, waren das doch wohl Vorgänge, die gemessen an der Ideologie die damals allgemein anerkannt wurden, jedenfalls von oben, von dieser abweichen?

L.t.Ja, es ist allgemein vielleicht zu sagen: Als ich damals in die Sicherheitskunst kam, da gab es dort noch Raum Akademiker und die Einstellung weiter Kreise der Partei und auch SS, waren wie das geistige Leben gegenüber überhaupt sehr skeptisch und es waren damals erhebliche Tendenzen in der Partei, z.B. im Kreis von Dr. E.H., die Universitäten und Hochschulen abzubauen und andere parteidienende Institutionen dafür einzurichten. In der Propaganda wurden wissenschaftliche Beurteilungen vielfach angegriffen und geistig fahrende Leute vor den Kopf gestossen.

Dies lag entwicklungsgeschichtlich nicht selbet darin, dass bis 1933 die Partei sich hauptsächlich nur Nicht-Akademikern zusammensetzte, und fahrende Käenzer der Partei nicht zu den Akademikern gehörten. Da die wissenschaftlich tätigen Persönlichkeiten gegenüber der politischen Leitung (Ortsgruppenleiter, Kreisleiter) nicht zur Geltung kamen und ihre Bedenken dort nicht anbringen konnten, habe viele Wissenschaftler die Fehlung zu Kreisen des Nachrichtendienstes aufgenommen, versuchten dort ihre Bedenken anzubringen, weil sie hofften, dass dadurch unmittelbar die obere Fuehrung unter Begehung der eartlichen politischen Leitung unterrichtet wurde. Deshalb ist von Anfang an viel kritisches Material in das Kulturreferat gekommen. Es handelt sich bei den Berichterstattern allerdings nur selten um ausgesprochene Gegner, aber um solche, die positive (aufbauende) Kritik an den Zuständen neben sullen. Bei den Richtlinien, die uns fuer unsere Arbeit gegeben wurden, wurden wir aber angehalten, uns selbst von Werturteilen möglichst fern zu halten, sondern mit großer Genauigkeit die tatsächlichen Vergaenge zu schildern, wozu dann eben auch derartige kritische Aussersungen gehörten, die als tatsächliche Stimme und Einstellung fahrender geistiger Kraefte wiedergegeben wurde.

Ein Nachteil war es allerdings, dass in allgemeinen derartige kritische

A4: Meldungen nicht durch besondere Untersuchungen nachgeprüft wurden, sondern diese Nachprüfung und die auch erforderlichen Maßnahmen wurden den zuständigen Stellen überlassen. Auf diese Weise ist vor allen dem Kultusministerium ständig über Entwicklungen auf kulturellen Gebiet unterrichtet werden. Ferner wurde auch gegen die vorher erwähnten Bestrebungen von Dr. LUY wiederholt Stellung genommen.

b2.V.: Fahren Sie mit Ihrer beruflichen Entwicklung fort?

A.: Bis 1936 hatte ich noch eine Unterstabschreiber Dienststellung. Im Juni 1936 wurde ich zum SS-Unterstabschreiber befördert.

b3.V.: Wie waren dann Ihre weiteren Beförderungen chronologisch bis zum Oberstabsauführer?

A.: 1937 bis 1938 bin ich zum Oberstabs- und Hauptstabsauführer, 1941 zum Stabsauführer und 1944 zum Oberstabsauführer befördert worden. Gegenüber der mir bei Dienstbeginn gemachten Versprechung meine berufliche Ausbildung nebenbei fortsetzen zu können, war mir die Möglichkeit einer Tätigkeit als Gerichtsreferendar nicht gegeben, teils waren der damaligen Justizverfassung, teils wegen der Arbeitsmässigen Überlastung, neben der ich auch aus gesundheitlichen Gründen nicht die Ausbildung als Gerichtsreferendar machen konnte. Ich habe meine damalige Tätigkeit, durch die ich Einklick in kulturelle Entwicklung beobac, als Ausbildung für meine beabsichtigte Universitätslaufbahn angesehen und habe seit 1936 immer wieder beantragt, mich nunmehr wieder völle für eine wissenschaftliche Tätigkeit frei zu geben. Dies wurde in Hinblick auf den engelhaften Personalestand immer wieder hinausgeschoben, jedoch wurde mir im Juni 1938 im Anschluss an einen 6-wöchentlichen "Erholungsaufenthalt" im Harz wegen Überarbeitung ein laufender vorlaengerter "Vrlaub zur Auffertigung meiner Doktorarbeit erteilt. Ich habe zunächst 3 Monate in Jena und anschließend

A.4 In Berlin an der Universität gearbeitet und eine Dissertation über die geistig geschichtliche Entwicklung des etiopischen Schrifttums von 1918 bis 1933 fertig gestellt. Ich habe dann am 10.5.1933 an der staatswissenschaftlichen Fakultät an der Universität in Berlin den Doktor mit dem Prädikat "sehr gut" bestanden. Kurz darauf, am 15.5.33 wurde ich auf Grund freiwilliger Meldung zur Wehrmacht eingezogen und in der Infanterie als Rekrut ausgebildet.

45.7.4 Sie bekamen den Dr. rer.pol.?

A.4 Nein, Dr. jur. Vor Abschluss des Freiwilligen-Kurses mit den Zielen der Ausbildung zum Gefreiten, wurde die Truppe im August 1933 an die Ostgrenze verlegt und musste dort Befestigungsarbeiten an der Grenze durchführen. Am Tag Ausbruch des Krieges wurde die Truppe einem aktiven Infanterieregiment angegliedert, hat die Gefechte an der Oraha, Seehausen und bei der Deurne mitgemacht.

45.7.5: Weshalb meldeten Sie sich als Akademiker als Rekrut zur Wehrmacht?

A.4 Das war jedes anderen jungen deutschen Menschen gegenüber in einer schlechten Lage, weil man immer gesagt wurde, wir durften uns nicht freiwillig melden, weil wir absolut gebraucht wurden für den Sicherheitsdienst und 1939 kam mein Jahrgang, also 1910 sowieso zur Einberufung und wer sich bei dieser Gelegenheit bereit erklärte, dann er auf eine Liste der Freiwilligen kommt, hatte er die Möglichkeit in der Wehrmachtausbildung nicht nur die allgemeine Ausbildung, sondern eben gewisse Fortbildungskurse zu machen. Jeder Akademiker hatte sich an sich damals freiwillig gemeldet, um später mal Offiziersanwärter zu werden. Zur Waffen-SS war damals keineswegs geworben worden, das war damals eine ganz kleine Gruppe. Die Truppe wurde dann an die Westfront verlegt. Im November 1939 erhielt die Truppe einen Antrag des Reichssicherheitshauptamtes, mich als Fachkraft zum Dienst in

A.1 der Heimat abzustellen und dies erfolgte im Dezember 1939.-

Ich habe, nachdem ich praktisch ueber 1½ Jahre, wo ich nicht im Dienst tätig war, nicht mehr die anderweitig besetzten Aufgaben wahr genommen. Bei Beginn des Krieges hatte das Amt III des Reichssicherheitshauptamtes eine allgemeine Lageberichterstattung in den sog. "Bildungen aus dem Reich" eingerichtet, die den verschiedenen zuständigen Ministerien zugeliefert wurden.

46.F.: Sie waren im Dezember 1939 zum Amt III des Reichssicherheitshauptamtes?

A.1 Jawohl.

47.F.: Bis wie lange waren Sie im Amt III?

A.1 Bis zum 1.April oder 1. Mai 1941. Ich wollte das aufzuführen, ich habe im Amt III dann bekommen die Durchsicht der Doppel der Lageberichte auf auf kulturellen Gebiet, um eine Statistik, eine Sachkartei und einen Aktenplan anzulegen und Fehlquellen der Berichterstattung nachzugehen.

48.F.: In welcher Gruppe des Amts III waren Sie?

A.1 Gruppe III, Kultur, zeitweise hieß es III A und zuletzt III G und dann hatte ich III GS, das sind Sonderfragen oder Lageinspektion Kultur, das wurde als Hilfsreferat bewilligt, diese Planstelle. In jeder Gruppe war ein solches Hilfsreferat eingerichtet. Es hatte die Aufgabe mehr zahndienstliche Unterlagen, besonders der Lageberichterstattung, zu bearbeiten. Die Sachbearbeitung selbst lag bei den einzelnen Sachreferaten und wurden von diesem Hilfsreferat nicht wahr genommen.

49.F.: Sie sagten es wurde dann später in ein regelrechtes Referat umbenannt?

A.1 Nein, Hilfsreferat, nach dem Geschäftsbereitstellungsplan muss es Hilfsreferat gewesen sein, III GS.

50.F.: Wer war Gruppenleiter von III G?

A.1 SPRECHER.

25.10.12

51.F.: Ihr Referat III GS war SPESCHER direkt unterstellt?

A.: Ja; genau genommen Hilfsreferat war diese Bezeichnung.

52.F.: Wer war Oberstabsbauführer?

A.: Er war damals Oberstabsbauführer, das ist er lange geworden.

Dann erhielt ich im Januar oder Februar 1941 die Mitteilung, dass die Parteikanzlei beantragt hat, mich dorthin zur Dienstleistung abzustellen. Das Amt III hat damals dagegen zunächst Stellung genommen aus Gründen des "Personalmangels und da ich voraussehen war für das Referat III A 1 "Allgemeine Lebensangelegenheiten". Dieses Referat sollte erst aufgebaut werden und sollte die Erfahrungen, die in den Sonderreferaten für Fragen der Lageberichtserstellung (III GS neu) gewonnen waren, verwerfen. Da mir selbst die rein organisatorische Arbeit nicht recht lag, habe ich es selbst begründet, dass ich durch die Versetzung in die Parteikanzlei einen anderen Aufgabenkreis kennen lerne. Ich bin dort in die Parteikanzlei wahrscheinlich auf Grund meiner wissenschaftlichen Tätigkeit gekommen, da sich verschiedene Herren der Parteikanzlei aus seiner staatswissenschaftlichen Tätigkeit kannten und Fachkräfte für die staatsrechtliche Abteilung gesucht wurden. Ich wurde sofort zur staatsrechtlichen Abteilung der Parteikanzlei kommandiert. Diese hatte die Aufgabe 1.) die durch Reichsgesetz vorgeschriebene Mitwirkung der Partei in der Gesetzgebung, 2.) die durch Reichsgesetz vorgeschriebene Mitwirkung der Partei an der Nominierung und Beförderung der Beamten zu erledigen und 3.) allgemeine staatsrechtliche Fragen, die in Zusammenarbeit von Partei und den Staatsabordnungen entstanden, zu bearbeiten. Die staatsrechtliche Abteilung setzte sich nicht aus hauptamtlich politischen Leitern zusammen, sondern aus Beamten. In ihr waren daher vorwiegend die Erfahrungen des Rechtentwurfes vertreten. Ihr gegenüber

A.: stand die politische Abteilung, in der alle politischen Fragen, vor allem die Parteiführungsfragen bearbeitet wurden.

53.F.: Wer war Ihr Vorgesetzter in der staatsrechtlichen Abteilung?

A.: Der Leiter der staatsrechtlichen Abteilung war Staatssekretär Dr. KLOPPEN, damals Ministerialdirigent, war mein Vorgesetzter.

53.F.: Bis wie lange waren Sie Angehöriger der staatsrechtlichen Abteilung in der Parteikanzlei?

A.: Ich war bis zum Auflösung in der staatsrechtlichen Abteilung.

Keine Aufgabe in der staatsrechtlichen Abteilung war 1.) staatswirtschaftliche Ausarbeitung auf Grund von Instituteberichten, Neuerungen usw. 2.) Die Bearbeitung eines Archivs von Gesetzesblättern und Zeitschriften für die einzelnen Referate der staatsrechtlichen Abteilung, einschließlich ein Archiv von Landkarten mit Organisationsgrenzen und 3. Weitergabe, zur Teil Zusammenfassung und Aufteilung von Berichtsmaterial für die Referate der staatsrechtlichen Abteilung (Verwaltung, Wirtschaft, Recht, Kultur, Finanz). Auf Grund meiner frischeren Zustigkeit im Amt III habe ich hierbei mich besonders bemüht, die kritischen Berichte des Amtes III über die Fragen von R. cht., Verwaltung, Kultur und Wirtschaft den Nachbearbeitern der staatsrechtlichen Abteilung zur Verfügung zu stellen. Diese waren in erster Linie auf die Berichte der Gauleitungen angewiesen, die naturgemäß einseitig den Standpunkt des politischen Leiter-Korps wiedergaben; als Gegengewicht zu diesen Berichten konnten die Meldungen des Amtes III, gelten, welche die Einstellungen und Bescheide weiter Volkskreise auch außerhalb des politischen Leiter-Korps wiedergaben. Ich glaube, dass ich dadurch an der Aufdeckung mancher Missstände mittelbar beigetragen habe. Einen Einfluss auf die Nachbearbeitung selbst hatte ich nicht,

A.: weil diese ausschliesslich in den Sachreferaten bearbeitet wurde und Fragen politischer Natur federführend bei einer anderen Abteilung der Parteikanzlei lagen.

55.7.: Was war Ihr offizieller Titel?

A.: Mein offizieller Titel war Regierungsrat, Abschnittsleiter und Reichsbauptstellenleiter.

56.7.: Seit wann waren Sie Regierungsrat?

A.: Regierungsrat bin ich seit 1942 gewesen.

57.7.: Haben Sie inzwischen ein SA-Lizenzen gemacht?

A.:¹ Nein. Die Ernennung zum Regierungsrat erfolgte auf Grund einer allgemeinen Anordnung über ausserplazierungsfreie Ernennung von Beamten, mit Ausnahme darauf, dass ich lange Jahre in einer Reichsbehörde nach meinem Examen als Gerichtsreferendar gearbeitet hatte und meine fachliche Fähigkeiten auch 1939 durch die Doktorprüfung unter Beweis gestellt hatte.

58.7.: Wer schlug Ihre Ernennung zum Regierungsrat vor?

A.: Keine Ernennung zum Regierungsrat schlug seines Wissens Staatssekretär KLOPPEN vor. Ich kann es nicht genau sagen. Es ist hin und her gegangen. Es war mal die Absicht gewesen ~~mit~~ 1940 zum Regierungsrat einzutragen, das scheiterte daran, dass der Sicherheitsdienst damals keine Planstelle hatte, sondern lediglich über NS-Führerplanstellen verfügte.

Es ist es erst auf Grund der Einwirkung der Parteikanzlei gelungen die Ernennung zum Regierungsrat durchzusetzen, die ich selbst unterstützt habe, weil bei der Entwicklung des Krieges an eine Fortsetzung der wissenschaftlichen Laufbahn nicht zu denken war und um mir die Möglichkeit einer Gründung und Sicherung der Familie zu erwerben.

59.7.: Sie wurden seit 1942 dann also nach der Bezahlungsgruppe des höheren Dienstgrades nach A023 bezahlt?

A.: Ich war beurlaubt fuer den Beauftragten. Mein Dienstalter als Regierungsrat war sehr ungünstig, fuer Mai 1942 festgesetzt worden, dass ich bei der Überführung in die Besoldung als Regierungsrat erheblich weniger Gehalt bekommen hätte und dies sollte verhindert werden.
 Mir wurde gesagt, dass ich kein hauptamtlicher Angestellter der Partei sei, sondern lediglich beurlaubt und in meinen Ansprüchen auf die Bezüge als Regierungsrat nach A 928 angewiesen sei. Praktisch habe ich bis 1944 etwa ein Nettogehalt von 330,- bis 350,- Mark bekommen, nach meiner Rechnung und einer Besoldungsverbesserung sind 1944 meine Bezüge auf mindestens RM. 600,- gestiegen.

Qs.P.: Wer zahlte das aus?

A.: Das erhielt ich vom Reichssicherheitshauptamt nach den Grundsätzen der Besoldungsordnung des Reichsschatzmeisters, als NS-Sturmbannführer und später als SS-Obersturmbannführer.

Qs.P.: Sie wurden bis Kriegsende vom Reichssicherheitshauptamt bezahlt?

A.: Ja wohl.

Qs.P.: Wieviel Sachbearbeiter arbeiteten fuer Sie in der Parteikanzlei?

A.: Ich hatte in der Parteikanzlei bis Kriegsende keinen voll akademischen Sachbearbeiter, sondern lediglich Hilfsachbearbeiter und zeitweise einen Kartensiebner.

Qs.P.: Wieviel Hilfsachbearbeiter unterstanden Ihnen?

A.: Mir unterstanden 2 Hilfsachbearbeiter, der eine davon, der aber obwohl er seit 1942 dort geführt wurde, nur wenig tätig gewesen, da er als schwer Augenkranker lange Zeit im Sanatorium gewesen ist.

Qs.P.: Sie hießen diese beiden Hilfsachbearbeiter?

A.: Der eine hieß Adolf Will.

Qs.P.: Dienstgrad?

A.: Er war Schriftleiter von Beruf und Dienstgrad glaube ich Hauptsturmführer.

66.F.: Welchen Gebiet hatte er?

A.: Will hatte die Aufgabe die Zeitschriften durchzusuchen und Ausschnitte zu machen, um sie den Sachreferaten zur Verfügung zu stellen. Der Kartenzeichner ist in München vom Landesamt für Kartenaufnahmen abgestellt worden, er war meines Wissens Obersekretär und erhielt eine Besuchs von seiner bisherigen Dienststelle. Sein Name ist mir nicht in Erinnerung. Wenn Sie Wert darauf legen, kann ich nach Hause schreiben.

67.F.: Und der zweite Hilfsachbearbeiter?

A.: War KLAUS Friedrich, von Beruf kaufmännischer Angestellter, SS-Hauptstabsführer. Die Schreibtypistinnen haben gewechselt. Da war ein grosses Zimmer von etwa 10 Schreibtypistinnen, die wurden den einzelnen Referaten zur Verfügung gestellt. Das hat gewechselt. Sie hatten dann die Aufgabe diese Sonderzettel und Zeitschriften zu verteilen auf die einzelnen Referate. Sie haben das nach einem bestimmten Verteilerplan gemacht.

68.F.: Sie erhielten täglich Berichte von Ant III des Reichssicherheitshauptamts?

A.: Wocheinisch erhielt ich Berichte von Ant III des Reichssicherheitshauptamts, dann Auszüge von der politischen Abteilung aus Berichten der Leitungen, welche das Arbeitsgebiet der staatsrechtlichen Abteilung betrafen und Instituteberichte staatswissenschaftlicher Art, Beschwerden von Volksgenossen, teils unmittelbar an die Parteikanzlei gerichtet, teils von anderen Dienststellen der Parteikanzlei zugeliefert, sonstlichen wichtigen Gesetzesblätter, Verordnungsblätter und allgemeine Zeitschriften.

69.F.: Welcher Art waren diese Beschwerden?

A.: Es handelte sich hierbei um Beschwerden von Volksgenossen, die z.B. auf Wirtschaftsministern schlecht behandelt worden waren, oder die Kritik an

A.1 Verwaltungsanordnungen erheben, Beschwerden von Angehörigen Gefallener über die mangelnde Versorgung, Steuernachen. Ich bin selbst in diese einzelnen Beschwerden nicht rein gestiegen. Ich musste sehen, ob es wirtschaftliche, rechtliche oder Organisationsangelegenheiten waren. Das wurde dann den Referaten zugeliefert.

7a.7.: Wie benannten von Aut III auch häufiger Berichte als wöchentlich?

A.1 Es sind zwei Mal wöchentlich von Aut III die Meldungen aus dem Reich gekommen. Diese enthielten Berichte über wirtschaftliche Fragen, rechtliche, Verwaltungsfragen und Finanzfragen. Es war meine Aufgabe festzustellen, welche Referate für die einzelnen Fragen zuständig waren und Aussage oder Ausschüttung teilweise auch Zusammenfassungen zu fertigen. Da ein grosser Teil der Berichte mehrere Referate angeging, musste hier auch sorgfältig auf die Federführung geachtet werden. Im wesentlichen handelt es sich hierbei um Berichte, die bereits unmittelbar den zuständigen Staatsstellen vom Reichssicherheitschefamt zugeliefert werden waren, deren Kenntnis aber für die Parteikanzlei von Bedeutung war, in Rahmen der laufenden Besprechungen der Sachreferate der staatsrechtlichen Abteilung mit den zuständigen Reichsbehörden. Ferner wurden gesonderte Berichte übermittelt, die den Arbeitsbereich der Partei selbst betrafen. Es handelt sich hierbei in erster Linie um Berichte über Verfehlungen politischer Leiter. Diese Berichte wurden von den zuständigen Referat der staatsrechtlichen Abteilung mit den entsprechenden Parteidienststellen besprochen, damit die notwendigen disziplinären Verlagerungen erfolgten.

71.7.: Wie oft berichtete das Aut III über Parteidrogen, die sich auf besetzte Gebiete bezogen?

A.1 Das ist schwer zu sagen, weil das sehr gewechselt hat. Die Berichterstattung des Aut III über Entwicklung besonders den besetzten Gebieten,

A.: setzte erst allmählich ein, weil offensichtlich dort erst der Informationsapparat aufgebaut werden musste. Die Berichte umfassten im Vergleich zu den Berichten über Inlandsfragen einen verhältnismäßig geringen Prozentsatz, etwa 1/20. Mir ist z.B. ein eingehender Bericht über korruptive Erscheinungen in den besetzten Gebieten in Erinnerung.

Fr.P.: Waren die Berichte, die das Amt III schickte getrennt nach Inlandsfragen, also parteipolitischen Fragen bezüglich des Reichsgebietes und der besetzten Gebiete?

A.: Regelmäßige periodische Berichte erfolgten nur über Inlandsfragen in den Meldungen aus dem Reich. In den Meldungen aus dem Reich waren keine besonderen Abschnitte für besetzte Gebiete enthalten. Jedoch bei der Berichterstattung z.B. über Mangel an bestimmten Rohstoffen, waren auch Tatsachen aus den besetzten Gebieten eingeschleift.

Fr.P.: Nun, ich möchte da gerne etwas mehr spezifisch, detaillierte Punkte bezüglich der Berichterstattung. Über welche Länder hat das Amt III berichtet?

A.: Das Amt III war nach meiner Erinnerung für die besetzten Gebiete aussenäig in dessen Abteilungen des SD tätig waren, wie z.B. von Polen, über Holland, während Frankreich auch nach meiner Beobachtung noch teilweise vom Amt VI bearbeitet war.

Fr.P.: Und teilweise von Amt III?

A.: Ja.

Fr.P.: Wie war die Entwicklung der Berichterstattung bezüglich Frankreich?

A.: Ich selbst kann mich tatsächlich an keinen Bericht erinnern von Frankreich, während ich von Holland weiß, dass manchmal Berichte gekommen sind. Die zusammenfassenden Berichte der besetzten Gebiete, z.B. über Holland erfolgten nach meiner Meinung durch die zertlich zuständigen Befehlshaber.

A.: Aus diesen Berichten wurden gelegentlich von Art III Fragen herangegriffen, die die Parteikanzlei interessierte.

76.F.: Diese Frage bezog sich doch vor allen Dingen auf nationalsozialistische Organisationen, bzw. Parteien/in den bestossen Gebieten bestanden?

A.: Fuer Holland weiss ich das.

77.F.: Nun das trifft doch auch fuer Belgien zu?

A.: Ja.

78.F.: Das trifft auch fuer Frankreich zu?

A.: Da ist mir kein Bericht in Erinnerung - dass ein Bericht ueber irgendwelche nationalsozialistische Bestrebungen gewesen ist.

79.F.: Nur Berichte von der Schweiz?

A.: Das trifft bestimmt nicht zu.

80.F.: Sie irren sich nicht?

A.: Da ist dabei eins zu beruecksichtigen, ich habe nicht maentliche Berichte der Reichssicherheitshauptamts bekennen, sondern die Berichte wurden unmittelbar dem Reichsleiter BORNIER bzw. durch die Registratur den einzelnen Fachreferaten zugeleitet. Die politische Abteilung hat die Berichte vom Reichssicherheitshauptamt unmittelbar erhalten, ueber mich gingen haustsaechlich die Berichte ueber die Neldung aus dem Reich, die als Kammaberichte verteilt werden mussten. Aus dem Krieg sind wir im Augenblick nur Berichte in Erinnerung, die sich gegen die Tendenzen der Parteibeauftragten in den Niederlanden richteten, einseitig auch auf die in der Bevoelkerung wenig angesehene HOUSARD-Bewegung abzielten, anstatt andere aufbewillige Kraefte mit herauszuheben. Diese Frage wurde von der politischen Abteilung bearbeitet und es wirkten sich hier die Meinungsverschiedenheiten aus, die gerade in diesen Fragen in den oertlichen Stellen bestanden.

SI. F. 1 Sie haben doch auch Berichte von den skandinavischen Ländern von Ant III bekommen?

A. 1 Allgemeine Lageberichte nicht. Das ist glaube ich die Volksaufzugsberichte-

SI. F. 1 Spezifische Berichte über die Entwicklung der Lage der Aufgaben des Antes III in diesen Ländern?

A. 1 Kann ich mich nicht entziehen.

SI. F. 1 Gewiss über Norwegen, wahrscheinlich auch Schweden und Dänemark?

A. 1 Dänemark ist mir bekannt, insoweit, es waren aber keine grossen zusammenfassenden Berichte, es waren gelegentliche Stellungnahmen, in denen darauf hingewiesen wurde, dass die ganze Arbeitsweise und Organisation der deutschen Verwaltung in Dänemark viel besser sei, als in anderen besetzten Gebieten, weil die deutschen Bevollmächtigten sich nicht auf eine Minorität stützten, sondern durch offizielle Zusammenarbeit mit den in ihrer Wirksamkeit nicht bevollmächtigten örtlichen Stellen zusammenarbeiteten.

SI. F. 1 Auch über Schweden kommen Berichte?

A. 1 Das halte ich für ausgeschlossen.

SI. F. 1 Norwegen?

A. 1 Halte ich auch ausgeschlossen. Es wurde zwar immer wieder ausdrücklich geschäkpt über Berichten. Ich selbst habe keine Berichte bekommen. Es kann sein, dass solche unmittelbar an diese politische Abteilung gegangen sind und die diese ausgewertet haben. Bei diesen Beispielen die wir noch in Erinnerung sind, von Dänemark und Holland, waren es sehr niedergaben der örtlichen Planung und keine eingehende und politische Berichterstattung wie wir es über die Inlandsgebiete hatten, weil ja die Parteikanzleien in den besetzten Gebieten keine unmittelbare Funktionen hatte.

SI. F. 1 Haben Sie auch von den einzelnen Organisationen, die in diesen besetzten

86.F.: Gebieten arbeiteten, Ich denke jetzt an BECKEL und diese Leute,
diese Berichte bekommen

A: Nein. Diese Frage der besetzten Gebiete wurde durch die politische
Abteilung bearbeitet, die ihre Berichte von den entsprechenden Planstellen,
wie Auslandsorganisationen erhielten. Die Parteibeamteten in den besetzten
Gebieten hatte nach meiner Erinnerung eine ähnliche Aufgabe wie die
Auslandsorganisationen, nämlich der Betreuung der Reichskommissaren.
Eine Mitwirkung der Parteizentralen bei den Besetzungen und Verordnungen in
den besetzten Gebieten erfolgte nach meiner Erinnerung grundsätzlich
nicht, da die Reichskommissare von den Ministerien selbstständig waren
und die Reichskommissare bei einer Rechtssetzung nicht an die Zu-
stimmung der Ministerien gebunden waren.

87.F.: Wir müssen für heute morgen abbrechen. Lassen Sie sich diesen Fragen-
komplex der Berichterstattung in einzelnen nochmals durch den Kopf gehen.
Es ist nicht so einfach das auf den Anhieb präzise und in einzelnen zu
behandeln. Wir werden uns dann in den nächsten Tagen noch einmal sprechen.

Interv. v. 23.5.47

BS-1012

Institut für Zeitgeschichte, Archiv

Interrogation # 1321.Dr. Kampner - Ministry Division.

Vernehnung des Justus BEYER vom 22. Mai 1947
von 14 Uhr bis 15 Uhr 20 durch Mr. BEAUVAIS.
Frl. Bergmann, Stenografin.

1. F. Was ist Ihr voller Name?
A. Dr. Justus BEYER.
2. F. Letzter Dienstgrad?
A. SS-Obersturmbannfuehrer, Regierungsrat, Abschnittsleiter und Reichshauptstellenleiter.
3. F. Stehen Sie auf, erheben Sie Ihre rechte Hand und wiederholen Sie den Eid:
Ich schwörte bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, dass ich die reine Wahrheit sagen, nichts verschweigen und nichts hinzufügen werde, so wahr mir Gott helfe.
A. Ich schwörte bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, dass ich die reine Wahrheit sagen, nichts verschweigen und nichts hinzufügen werde, so wahr mir Gott helfe.
4. F. Sie wissen, dass Unterlassungen in Ihrer Aussage unter Eid als ebenso schwere Eidesverletzung betrachtet werden, wie eine falsche Aussage unter Eid?
A. Ja.
5. F. Haben Sie das Empfinden, dass Sie Verpflichtungen oder Bindungen zu Lebenden oder Verstorbenen haben, die Sie in Konflikt mit Ihren Schwur bringen und Sie daran hindern könnten, die volle Information zu geben, nach der Sie gefragt werden?
A. Nein.
6. F. Ich möchte Ihnen einleitend sagen, dass mich bei dieser Vernehnung Ihre Person überhaupt nicht interessiert. Das mich anbetrifft, sind Sie fuer mich nur Zeuge. -
Wann sind Sie geboren?
A. 16. April 1910 in Schurow (Pommern) als Sohn des Pfarrers Justus BEYER.
7. F. wann sind Sie in die Partei eingetreten?
A. 1. 12. 1931.

8. F. wann sind Sie in die SS eingetreten?
- A. Juni 1934.
9. F. am?
- A. In die Dienststelle des SD bin ich gekommen im Mai 1934.
10. F. In welche Dienststelle? In Berlin?
- A. In das Sicherheitsamt in München. So hieß es damals.
11. F. Wie sind Sie dann in die Parteikanzlei gekommen?
- A. Ich bin in die Parteikanzlei gekommen durch einen Antrag der Parteikanzlei bei meiner Dienststelle, dem RöMA im April 1941. Ich bin dort einigen Herren der Parteikanzlei bekannt gewesen durch meine staatsrechtlichen Veröffentlichungen.
12. F. Welchen Herren?
- A. Regierungsrat KNOPPFEL, KLOPPEN habe ich damals noch nicht gekannt. Ich habe ihn erst kennengelernt als davon gesprochen wurde, dass ich höheren kommen sollte und ich wurde ihm durch KNOPPFEL in Berlin vorgestellt. Meine Dienststelle hat zunächst Einspruch erhoben, weil ich dort für kulturelle Zwecke verwendet wurde und eingeschult war als Sachbearbeiter. Aber die Abstimmung erfolgte dann doch, weil die Obersten Reichsbehörden verpflichtet sind, der Parteikanzlei zu dienen, die sie für irgendwelche Zwecke brauchte, abzustellen.
13. F. Wann war das?
- A. Ich bin zur Parteikanzlei gekommen Anfang April 1941.
14. F. Wie lange waren Sie in der Parteikanzlei?
- A. Ich bin bis zum Schluss in der Parteikanzlei geblieben.
15. F. Mit welchen Unterbrechungen?
- A. Ohne Unterbrechungen.
16. F. Was haben Sie gemacht, bevor Sie in die Parteikanzlei kamen?
- A. Bevor ich in die Parteikanzlei kam war ich im Sicherheitsamt, später RöMA, Sachbearbeiter in der Hauptabteilung Kultur zuletzt, d.h. seit meiner Rückkehr vom Frontdienst im Kriege in einem Hilfsreferat für allgemeine Fragen der kulturellen Lageberichterstattung in der Hauptabteilung Kultur des RöMA.
17. F. Wo waren Sie im Frontdienst?
- A. Im Frontdienst bin ich in Polen gewesen. Ich war bei der Wehrmacht und da ich

erst im Mai 1939 die erste Übung machte, habe ich den Frontdienst als Schwestern der Wehrmacht mitgemacht bis Dezember 1939 und wurde zu diesem Zeitpunkt vom Heer abgestellt als Fachkraft zum ROKA.

18. F. Von da an sind Sie dann dort geblieben?

A. Von da an bin ich beim ROKA geblieben bis zu dem Zeitpunkt der Überstellung zur Parteikanzlei.

19. F. Sie haben in der Parteikanzlei Referat III V gehabt?

A. Ja.

20. F. Worin hat da Ihre Tätigkeit bestanden? Warum hieß das III V?

A. Das war ein ziemlicher Zufall. Zuerst hieß es III S als Sonderreferat. Später wurde eine andere Bezeichnung gewählt. Ich war Berichtsverteilungsstelle.

21. F. Worin hat Ihre Tätigkeit bestanden?

A. Erstens hatte ich in der staatsrechtlichen Abteilung das Archiv zu verwalten, das Zeitschriften, Gesetzesblätter, Verordnungsblätter und Mitteilungsblätter der verschiedensten Behörden führte, die laufend den einzelnen Sachreferaten der Parteikanzlei zur Verfügung gestellt wurden. Zweitens hatte ich zu betreuen ein Kartearchiv der staatsrechtlichen Abteilung, in dem Organisationskarten der verschiedenen Behörden gesammelt waren.

22. F. Was heißt das?

A. Es war das Bedürfnis in der Verwaltungorganisation des Reiches, dass die Mittelinstanz außerordentlich kompliziert gestaltet wurde dadurch, dass die verschiedenen Reichsressorts nicht einheitlich regional gegliedert waren, sondern die Bezirke der Wirtschaftsminister, Arbeitsminister, der Verkehrsorganisation, der Gerichtsbarkeit überschnitten sich sehr stark in der Mittelinstanz und im Rahmen der Vorbereitung einer Reichsreform hat sich die staatsrechtliche Abteilung bemüht, die Grenzüberschreitungen zu beseitigen, um eine stärkere Dezentralisierung der Verwaltung zu erreichen. Zu diesem Zweck waren auf Landkarten genau die verschiedenen Organisationsysteme für jede einzelne Verwaltung eingezeichnet. -

Drittens wurde ich dann befasst mit Gutachten staatswissenschaftlicher Natur über verwaltungsgeschichtliche Fragen, wobei allgemein zu ergänzen ist, dass ich an sich beabsichtigte, zur Universität zu gehen und mich wissen-

schaftlich weiterzubilden und dass diese Aufgabe daher besonders im Rahmen meiner Vorbildung lag. Diese Tätigkeit betraf z.B. Zusammenfassung von Institutberichten, Berichten über neue staatswissenschaftliche Veröffentlichungen, dann Begutachtung von Artikeln in Lexikons über staatsrechtliche Fragen und bibliographische Nachweise für die Referate. Viertens war mit III V eine Berichtverteilungsstelle verbunden, in der Berichte sämtlicher Art auf die verschiedenen Referate der Staatsrechtlichen Abteilung verteilt wurden. Ich habe hierbei besonders auch bei der Verteilung der Berichte des Amtes III des RSHA mitgewirkt, zu dem Dienstbereich ich früher gehörte. In erster Linie fielen darunter die "Meldungen aus dem Reich", ein- bis zweimal wöchentlich erscheinende periodische Berichte über Fragen der allgemeinen Stimmung, Recht und Verwaltung, Volksgesundheit, Wirtschaft, Finanz und Kultur. Diese Berichte waren als Sammelberichte nicht getrennt für die einzelnen Referate unbrauchbar; es musste festgestellt werden, welche Referate an den einzelnen Sachgebieten beteiligt waren. Diese Berichte wurden dann von mir im Ausschnitt oder Zusam- oder Zusammenfassung den Sachreferaten der Parteikanzlei zur Verfügung gestellt. Ich habe mich dieser Aufgabe besonders intensiv angenommen, da die Referate der Parteikanzlei in erster Linie ihre Informationen von den Gauleitern bekamen, die naturgemäß den Standpunkt des Politischen Leiterkorps einseitig vertraten. Durch die Berichte des "Nachrichtendienstes der Partei" sind nunmehr auch den Sachreferaten der Parteikanzlei Berichte zugegangen, über die Stellungnahmen von Bevölkerungskreisen ausserhalb des Politischen Leiterkorps zu den Maßnahmen von Partei und Staat, insbesondere auch kritische Meldungen. Die offizielle Berichterstattung des SD war der Kontrolle der offiziellen Hoheitssträger nicht unterworfen, sodass auf diesem Wege auch ungeschminkte Kritik an die Führung gelungen konnte, die naturgemäß oft zurückgehalten wurde, weil diese ja selbst verantwortlich waren und erst einmal versuchen mussten, Mängel abzustellen. Ich habe in diesem Referat auch Fragen der Zuständigkeit zwischen Partei und Nachrichtendienst bearbeitet, wobei die Federführung aber auch hier, wie überhaupt in allen politischen Fragen der Parteikanzlei, nicht bei der Staatsrechtlichen, sondern der Politischen Abteilung gelegen hat.

23. F. Sie waren doch wie alle diese an die Parteikanzlei abgestellten Beamten der Verbindungsmann Ihres Ressorts zur Partei?
- A. Ja. Ich hatte die Verbindung zum Amt III des RSHA.
24. F. Nur zu Amt III?
- A. Jezwiel, staendig nur zu Amt III.
25. F. Wer war Verbindungsmann zu Amt IV?
- A. Fuer Amt IV hatte der Reichsleiter BORMANN eine unmittelbare Verbindung zu einem Sachbearbeiter von Gruppenfuehrer HUELLEN.
26. F. Wie hieß der?
- A. Das war meines Wissens ein Sturzkampffuehrer SANDER.
27. F. Der war im RSHA?
- A. Der war im RSHA. Ich darf dazu noch sagen: Dr. KLOPFER hat gesuemecht, dass ich nicht von einer Bezeichnung eines Verbindungsfuehrers Gebrauch machen darf, sondern nur als Sachbearbeiter der Dienststelle selbst in Erscheinung trete.
28. F. Das waren Sie ja alle.
- A. Ja, aber es sollte nicht der Eindruck entstehen, dass die einzelnen Sachbearbeiter der Parteikanzlei sozusagen Interessenvertreter ihrer fruheren Behoerde sind, sondern Dr. KLOPFER hat immer Wert darauf gelegt, dass die einzelnen Sachbearbeiter von den Ministerien sich bemuchen, einen uebergeordneten Standpunkt einzunehmen. 1943 oder 1944 wollte Reichsleiter BORMANN genauer unterrichtet werden ueber polizeiliche Fragen und hat daher damals angeregt, dass ich selbst staendig ueber bestimmte Fragen des Amtes IV des RSHA ihn unterrichte. Ich habe das damals abgelehnt, weil ich niemals in der Staatspolizei gearbeitet habe und auch aus Gründen der Arbeitsbelastung mein Aufgabengebiet nicht aufzuhören wollte. Daraufhin wurde die bereits erwähnte Regelung besprochen, dass ein Sachbearbeiter des Amtes IV unmittelbar Reichsleiter BORMANN zu Rueckfragen zur Verfuegung steht.
29. F. Von wann ab war das?
- A. 1943 oder 1944. Das kann ich nicht mehr genau sagen. Ich habe dann auch bei Dr. KALTENBRUNN vorgesprochen, diese Abstellung erreicht und er sagte mir damals, dass ich nur fuer das Amt III zustaendig sei, auch fuer Auslandsfragen beduerfe es keiner besonderen Verbindung, da die Partei sich damit

nicht befasse. Ich bin aber natuerlich auch verschiedenen Herren des Amtes IV bekannt gewesen und in einigen Fasilen sind auch Berichte des Amtes IV z.B. ueber Personalfragen an meine Anschrift gerichtet worden, die ich dann dem zustaendigen Fachbearbeiter der Parteikanzlei weiterleitete.

30. F. Wenn KLOPPEN irgendeine Sache zu bearbeiten hatte, die RSHA-Buden berührte, wer ist dann eingeschaltet worden?

A. Es kam auch darauf an, um was fuer ein Fachgebiet es sich handelte. Ein erheblicher Teil, man kann sagen etwa 80% der Anfragen der Parteikanzlei beim RSHA betrafen Ernennungs- und Befoerderungsfragen von Beamten.

31. F. Wer war uebergeordnet? Parteikanzlei oder RSHA? Wer konnte wen sagen, was sie zu tun hatten?

A. Ein gegenseitiges Weisungsberecht bestand nirgends.

32. F. Wer war der Staerkere?

A. Es ist schwer zu sagen, denn der Oberste des Apparates der NS war der Reichsfuehrer SS und der Oberste der Parteikanzlei war BORMANN und zwischen beiden war vielfach ein Spannungsvorhoeltnis und es kam auf die augenblickliche Situation an.

33. F. Es ist eine bekannte Tatsache, ueber die wir uns nicht mehr zu unterhalten brauchen, dass in der Loesung der Judenfrage das RSHA federfuehrend war.

A. Ja, natuerlich.

34. F. Es ist auch bekannt, dass die Parteikanzlei in die Loesung der Judenfrage eingeschaltet war.

A. Ja. Ich weiss nicht, was Sie umfassen mit "Loesung der Judenfrage".

35. F. Das ist ein absolut definierter und unrisiger Begriff. Der ist nicht von mir erfunden.

A. Wie meinen den Begriff, der in der Presse zum Begriff geworden ist, naemlich Juden aus der Welt zu schaffen oder gegen sie in den KL's vorzugehen?

36. F. Ich meine damit das, was HEDDERICH die Endloesung der Judenfrage genannt hat. Ich habe Ihnen am Anfang der Vernehmung gesagt, dass ich an Ihrer Person nicht interessiert bin. Mich interessiert lediglich das Personal der Parteikanzlei, das natuerlich versucht ist, das bequem in den Schoss des RSHA zu legen. Es ist aber aktenmaessig schon belegt, dass die nikke etwas damit zu tun gehabt haben. Sie waren ein RSHA-Mann in der Parteikanzlei.

- A. Ich wurde als solcher angesehen, weil das meine Heimatbehörde war.
37. F. Es ist anzunehmen, dass Sie mir an dem Punkt etwas sagen können.
- A. Natürlich.
38. F. Und ich hoffe, dass Sie mir das offen sagen werden.
- A. In der Parteikanzlei hat ein eigentliches Judenreferat meines Wissens nicht bestanden. Die Parteikanzlei gliederte sich in die verschiedenen Sachgebiete wie Wirtschaft, Verwaltung, Personalfragen. Judenfragen kamen unter den verschiedenen Gesichtspunkten an die Zuständigkeit der Parteikanzlei können. Einmal oblag der Parteikanzlei die Mitwirkung bei Beamtenernennungen. Wenn also hier ein Beamter jüdisch verkippt war, wurde die Parteikanzlei befasst, wenn z.B. irgendein Ernennungsvorschlag erfolgte. Die Federführung hierzu lag jedoch beim Reichskommissariat. Die andere Aufgabe der Parteikanzlei, die Mitwirkung bei der Gesetzgebung, führte es mit sich, dass alle Gesetze und Rechtsverordnungen, die sich mit Judenfragen befassen, auch der Parteikanzlei zur Stellungnahme vorgelegt wurden. An der Bearbeitung dieser Verordnung oder dieses Gesetzes ist dann das entsprechende Referat (z.B. Rechtsreferat, Verwaltungsreferat) der Parteikanzlei beteiligt gewesen. -
- Zur Frage der Judenbehandlung ist allerdings zu sagen, dass scheinbar die wesentlichsten Verordnungen auf diesem Gebiet nicht in Form von Rechtsverordnungen ergangen sind, sondern in Form von Entscheidungen oder vertraglichen Verfügungen, sodass ich annehme, dass gerade bei den entscheidenden, heute zum Vorwurf gerichteten Massnahmen die Staatsrechtliche Abteilung der Parteikanzlei nicht eingeschaltet war. Aus dem Bereich der Staatsrechtlichen Abteilung waren die Anordnungen der Behörde, des auswärtigen Amtes und auch des Reichsführers SS als Chef der Deutschen Polizei ausgenommen. Das RKA pflegte grundsätzlich bei seinen Anordnungen nicht die Parteikanzlei zu beteiligen, ja die Parteikanzlei nicht von den Anordnungen laufend zu unterrichten.
39. F. KdR Herr Dr. BEYER, ich habe Sie am Anfang der Vernehmung gefragt, ob Sie irgendwelche Bindungen zu Lebenden oder Toten haben, die Sie in Konflikt mit Ihrem Eid bringen können. Sie haben diese Frage verneint.
- A. Nein, das habe ich auch nicht.

40. F. Ich weiss aber, dass die Aussagen, die Sie jetzt im Augenblick machen, falsch sind.
- A. Darf ich noch folgendes allgemein sagen: Dass ich natuerlich nur das aussagen kann, was ich selbst weiss und ich habe auch von dem Ringang der Post von HERRN vielliecht nur die Haelfte, also auch von Art III nur die Haelfte, zu sehen bekommen, denn soweit die Post auf bestimmte Personen und Referate ausgezeichnet war, also insbesondere bei Antworten auf Anfragen der Parteikanzlei, sind diese Berichte nicht ueber mich gegangen und ich bin dabei auch nicht beteiligt worden. Man macht sich natuerlich auch daruber Gedanken und so habe ich mir das zurecht gelegt.
41. F. Das ist sehr gut gesagt! So haben Sie sich das zurecht gelegt. Sie moesten sich nur darueber klar sein, was fuer einen Eindruck es macht, wenn Sie verschiedene Leute, mit denen Sie zusammengearbeitet haben, decken und schuetzen wollen. Es mag Ihnen das Kollegial vorkommen und das kann ich auch verstehen, dass Ihnen das Kollegial vorkommt und Sie koennen sich sagen: Man ist ein Schweinehund, wenn man das nicht tut. Aber wenn Schweinereien passiert sind und man steht vor einer offentlichen Stelle, ueber diese Schweinereien ausszusagen, dann moesten meiner Ansicht nach diese anderen Dinge in den Hintergrund treten und Sie sind Jurist, dann sind Sie sich ueber die Tragweite einer gefuerbten Aussage, die Sie im Augenblick machen, vollkommen im klaren.
- I. Ja, selbstverständlich.
42. F. Ich kann z.B. auch verstehen, dass Sie ein gutes Wort ueber Herrn KLIMM sagen wollen, wenn er Ihnen personlich sympathisch war. Ich kann Ihnen heute lange sagen, wo Herr KLIMM & C Gefangene hat umlegen lassen, weil die Personen nahegekommen sind und Aehnliches. Ich kann Ihnen Dokumente von Herrn THIERACK zeigen, die Ihnen einen anderen Eindruck geben. Es ist bekannt, dass KLIMM und THIERACK Busenfreunde waren und KLIMM hat gewusst, was THIERACK geben hat und umgekehrt. Aber wenn Sie riskieren wollen, den Eindruck zu ernecken, ein Teil dieser Lands zu sein, die das gemacht hat, muss ich das Ihnen ueberlassen. Wenn Sie aber den Standpunkt haben, das aufzudecken, dann ist das besser. -
Ich moechte, dass Sie sich das noch einmal durch den Kopf gehen lassen,

ZS-1013-34

- 9 -

was Sie zu sagen haben. Wir werden uns morgen früh darüber weiter unterhalten.

ERSTABLIERT

Interview v. 23.5.42

B-1712-32

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Institut f. Zeitgeschichte
München
ARCHIV
1948/56

Interrogation # 1321-a.

Dr. Kempner - Ministry Division.

Vernachnung des Justus BEYER vom 23. Mai 1947
von 11 Uhr 15 bis 12 Uhr durch Mr. BRAUER.
Fr. Pergmann, Stenografin.

1. F. Sind Sie derselbe Dr. Justus BEYER, der von mir gestern vernommen und vereidigt wurde?

A. Jawohl.
2. F. Sind Sie sich darüber klar, dass Sie noch unter dieses Eid stehen?

A. Selbstverständlich.
3. F. Berücksicht ich mich mit Ihnen unterhalten will, ist ja gestern zur Genüge umrissen worden.

A. Ja.
4. F. Sie wissen, worum es sich handelt?

A. Ja.
5. F. Haben Sie zu dem Punkt noch etwas zu sagen?

A. Erst allgemein, was den Wert meiner Aussage betrifft: Ich bin in diesen Judenfragen kein Sachverständiger, denn ich habe weder beim SD noch in der Parteikanzlei einmal die Judenfragen bearbeitet, noch einen Bericht darüber gemacht, noch einen Vortrag gehalten und bin auch bei keiner Besprechung über Judenfragen dabei gewesen.
6. F. Sie sind sich all dessen ganz sicher?

A. Dessen bin ich mir ganz sicher. Dann darf ich dort fortsetzen, wo ich gestern abgeschlossen hatte, und zwar möchte ich doch darum bitten, dass man am Anfang noch einmal die Zuständigkeitsfrage klarlegt, denn als Jurist bin ich noch mal gewohnt, zunächst erst mal den klaren Zuständigkeitsorganisationszustand zu erwähnen und dann die Möglichkeiten, die sich daraus ergeben. Ich war gestern dabei stehen geblieben, auszuführen, dass die Zuständigkeit der Parteikanzlei sich neben den Beamtfragen in Rahmen der Staatsrechtlichen Abteilung berichtet auf eine Mitwirkung bei Gesetzen und Verordnungen und dass hierunter alle Rechtsverordnungen fallen, die von den Ministerien herausgegeben werden. Im Bereich des RSHA berührte die

Tatigkeit der Staatspolizei auf Gesetzen, die 1933 oder 1934 herausgekommen waren. Auf Grund dieser Gesetze war die Staatspolizei in der Lage, Anordnungen im internen Dienstverkehr zu treffen, die nicht in Form einer Rechtsverordnung ergingen. Deshalb wurde grundsätzlich auch die Parteikanzlei bei den Anordnungen der Staatspolizei nicht befragt. Sie ist aber grundsätzlich auch nicht davon unterrichtet worden. Ich selbst habe einmal im Organisationsamt des RSHA vorgesprochen, ob die Anordnungen des RSHA nicht geschlossen laufend der Parteikanzlei zur Verf^ügung gestellt wuerden und dies ist abgelehnt worden mit dem Hinweis, dass es nicht ueblich sei, die Anordnungen des RSHA in Komplex einer anderen Behörde zu uebermittein. Wenn die Anordnungen im Einzelfall auch die Politischen Leiter betreffen, dann wuerde die Anordnung vom RSHA im Einzelfall uebersandt. Eine Ausnahme von diesem Grundsatz der Nichtbeteiligung der Parteikanzlei war naturngemaess bei Anordnungen, die sich in einem Teil auf Politische Leiter oder Gliederungen der Partei beziehen. Ich erwarte hierbei die Bestimmungen ueber Fahndung, bei denen das RSHA eingeschaltet war oder die Bestimmung ueber die Betreuung der Angehörigen von Häftlingen während ihrer Inkafierung bzw. der Häftlinge nach ihrer Entlassung durch die RSV und drittens die Regelung einer Verhaftung von Politischen Leitern durch die Staatspolizei.

7. F. Darf ich mal unterbrechen. Wir haben gestern damit abgeschlossen, dass Sie gesagt haben, Sie werden sich ueberlegen, was Ihnen aus diesem Komplex noch einfällt.

A. Ich wollte im zweiten Teil das noch darlegen.

8. F. Schliessen Sie das bitte so schnell wie moeglich ab, damit wir zum Hauptpunkt kommen.

A. Es ist natuerlich moeglich, dass die Parteikanzlei allgemein, wie jede andere Behörde, in Besprechungen unterrichtet wurde. Aber ich bin der Auffassung, dass sie nur dann selbst aufgefordert wurde, wenn z.B. Fragen der Politischen Leiter zur Diskussion standen. -

Zur Frage der Aussserungen, die nun in der Parteikanzlei ueber den Komplex der in Frage stehenden Bearbeitung der Judenfrage gemacht werden sind, moechte ich im voraus feststellen, dass es in der staatsrechtlichen Abteilung

nicht ushlich war, Postbesprechungen der Abteilung durchzuführen, sondern dass diese Postbesprechungen nur im Rahmen der einzelnen Referate erfolgten. Ich selbst möchte nochmals wiederstreichen, dass ich keinen generalen Auftrag vom Amt IV bekommen habe und dass ich nur eine ungefährre Übersicht über die allgemeinen Lageberichte des RSHA, Amt III, habe. Der Geschäftsvorkehr mit dem RSHA lief in den übrigen Fragen nach den allgemeinen Regeln, wonach die Vorgänge auf das zuständige Referat ausgeweitet wurden. Bei Berichten von wichtiger Bedeutung sind diese vermutlich von Obergruppenfuehrer MEYERICH selbst unterzeichnet und an den Reichsleiter HORNIG persönlich verfügt worden, der dann Demjenigen den Vorgang übermittelte, der an einer etwaigen Besprechung teilnehmen sollte. -

An einzelnen Ausserungen über Fragen der Judenbehandlung kann ich solche erwähnen, die bei Tisch oder sonst im persönlichen Verkehr gefallen sind, dagegen nicht irgendwelche Ausserungen in dienstlichen Besprechungen über Judenfragen, da ich an solchen nicht teilgenommen habe und auch nicht weiss, ob solche in der Parteikanzlei selbst stattgefunden haben. Es erzählte einmal ein Angehöriger der Staatrechtlichen Abteilung, dass ihm ein Freund berichtete, er habe eine grössere Zahl von Juden sehr eifrig arbeiten sehen, die in Haftlingskleidern waren. Ihm sei einer mit einem intelligenten Gesicht aufgefallen und er habe ihn gefragt, wo er herkomme und da hat er gesagt, er sei Landgerichtsrat aus Berlin. Ich weiss, dass damals diese Erzählung auf die anwesenden Beamten erheblichen Eindruck machte und hatte den Eindruck, dass sie es nicht billigten, dass von Beamten, denen die Rechte verfassungsmässig zugestanden sind, ohne Disziplinarverfahren derart behandelt.

9. F. Können Sie mir die folgenden Ausserungen erst einmal außerhalb des Protokolls erzählen. -----

Sie sagten eben: Die Angehörigen der Staatrechtlichen Abteilung der Parteikanzlei waren typische Vertreter des Beamtenstandes.

A. Ja.

10. F. Ist es Ihrer Meinung nach ein Grundsetz des typischen Beamten, sich Befehlen, die er von oben bekommt, zu widersetzen oder diese Befehle

ohne Frage auszuführen?

- A. Wenn ich, abgesehen von Personen der Parteikanzlei, allgemein diese Frage beantworten muss, so muss ich natürlich sagen, dass durch die Erziehung, sowohl beim Militär wie auch im Beamtentum, die Gehorsamspflicht außerordentlich ausgeprägt worden ist und zweitens, dass die Beamten stark formal veranlagt sind, weil dann, wenn irgend eine Stellungnahme der dafür zuständigen Stelle vorliegt oder eine Stellungnahme des Staatschefs, sie geneigt sind, diesen formalen Voraussetzungen sich zu beugen.
11. F. Wie war das in der Parteikanzlei? Sie sagten vorher: Abgesehen von Personen der Parteikanzlei.
- A. In der Parteikanzlei selbst kann ich nicht sagen, dass die Beamten kritiklos an die Dinge herangegangen sind, denn gerade in Fällen, die der Parteikanzlei zur Kenntnis gekommen sind, waren oft erhebliche Meinungsverschiedenheiten von Reichs- oder Gauleitern oder Ministerien.
12. F. Also die Parteikanzleibeamten waren nicht so.
- A. Sie waren nicht diese ausgeprägten Beamten, konnten sie ja garnicht sein, weil ihnen viel mehr als irgend einem anderen Beamten einer Behörde zur Kenntnis kam, dass tatsächlich bei führenden Persönlichkeiten Meinungsverschiedenheiten über viele Dinge bestehen und dass sie daher nicht ohne Weiteres eine Ansicht billigen, wenn sie davon wissen, dass ein Minister oder ein Reichs- oder Gauleiter anderer Meinung ist.
13. F. Was war denn BÖHM für ein Mann?
- A. BÖHM ist ein ausgesprochenes Arbeitstier, er hat bis nachts 2 oder 3 Uhr gearbeitet, ausgesprochener Papiermann, er hing furchtbar am Papier, kan fast nie zur Dienststelle in der Parteikanzlei.
14. F. Seine Arbeitsweise interessiert mich nicht. Mich interessiert, was Sie von ihm halten. Wie stand es mit seinem Rechtsstandpunkt?
- A. BÖHM hat die Juristen nicht sehr geschätzt.
15. F. Warum?
- A. Wahrscheinlich beeinflusst durch den Führer, der ein Haßer der Juristen gewesen ist.
16. F. Warum war er ein Haßer der Juristen?
- A. Er selbst war abstammungsmässig nicht Beamter.

17. F. Das kann damit nichts zu tun gehabt haben. Warum war er ein Hauser der Juristen? Sind ihm die Juristen in die Quere gekommen?
- A. Er hat das verwendet, was gerade in seinen Fuss passte. Wenn es natuerlich moeglich war, durch juristische Gutachten den Machtbereich eines Reichsleiters einzuschaenken, dann hat er sich der Juristen bedient. Allgemein war HESSNER bestrebt, nicht in der Offentlichkeit durch Reden hervorzutreten.
18. F. Ich habe Sie ganz klar etwas anderes gefragt. Ich wollte von Ihnen wissen, was Sie von den Rechtsstandpunkt des Herrn HESSNER halten, nicht, was er von den Juristen gehalten hat. Auf welcher Seite, glauben Sie, stand er. Auf der exzessiven Seite mit all den Auswuechsen, von denen Sie gestern gesprochen haben, oder war er ein rechtlich denkender Mensch, der die Sache im Zaum halten wollte.
- A. Ich bezweifle ueberhaupt, dass er allzu stark eine eigene Meinung gehabt hat, sondern er hat das fuer Recht gehalten, was der Fuehrer sagte.
19. F. Also das alles mit eingeschlossen auf welcher Seite stand er dann?
- A. Es ist schwer fuer mich, das zu beurteilen.
20. F. Es ist leicht fuer Sie, das zu beurteilen.
- A. Weil die Stellungnahmen HESSNER's in Rechtsfragen nicht zu mir gekommen sind und das, was Sie mir gestern sagten, dass er diese Ausrottungsmaassnahmen gebilligt hat und wenn das durch das Nuernberger Urteil bestaetigt ist, dann geht daraus hervor, dass er sich zu den zum einsmal bestehenden Rechtsgrundsatzen in absoluter Widerspruch gesetzt hat.
21. F. Das haben Sie erst von mir erfahren, dass er mit den Ausrottungsmaassnahmen einverstanden war?
- A. Ich habe, glaube ich, das im Urteil gelesen.
22. F. Erst nach dem Krieg haben Sie das erfahren, dass er mit allen diesen Dingen einverstanden war?
- A. Das habe ich erst nach dem Krieg erfahren.
23. F. Wahrend des Krieges haben Sie gedacht, dass er ein absolut rechtlich denkender, anstaendiger Karl war, bis zum Schluss?
- A. keine Antwort. -
24. F. Sie haben es anscheinend doch nicht gedacht. So hat Ihnen doch etwas

geschwant, sonst koennten Sie das ohne Vorbehalt mit "Ja" beantworten?

A. In Einzelfragen

25. F. Eine grundsaetzliche Einstellung aussert sich immer in Einzelfragen.

Also wollen wir jetzt nicht mit Worten spielen.

A. In Einzelfragen hat er sich sehr oft stur durchzusetzen versucht, wenn irgendwelche Dinge nicht mit dem bestehenden Partierecht in Uebereinstimmung standen.

26. F. Was heisst das? Das ist zu vage.

A. Er hat von den Sachbearbeitern verlangt, dass sie sehr sorgfaeltig arbeiten. Wenn z.B. irgendwelche Beschwerden von Volksgenossen einliefern, musste man mit allen Mitteln versuchen, in diesen Einzelfallen die gerechte Entscheidung zu erreichen, obwohl sich dadurch die Dienststelle erheblich zer-splittert hat, weil sie sich mit Einzelfragen befasste, statt grundsaetzliche Fragen zu behandeln.

27. F. Also Sie sind wirklich der Irre, der sogar BORMANN in Schutz nimmt.

A. Das tue ich nicht.

28. F. Sind Sie immer noch ein guter Nationalsozialist?

A. Nein, das kann ich nicht sagen. Aber ich weiss, BORMANN ist dafuer verantwortlich, dass viele Dinge nicht an HITLER herangestragen worden sind. Deshalb haelt ihn ein sehr grosser Teil der Bevoelkerung und der in den Lagern Internierten an der Entwicklung fuer mitschuldig.

29. F. Ich will jetzt nicht auf den Punkt eingehen, was geschehen waere, wenn die Sachen an HITLER herangestragen worden waeren. Wollen wir HITLER aus dem Spiel lassen. BORMANN hat Sachen von HITLER ferngehalten offenbar aus einem Grunde, weil er ein bestimmtes Ziel verfolgt hat.

A. Nein. Ich glaublich damals immer noch, dass er HITLER, der mit den militaerischen Dingen hauptsaechlich befasst war, moeglichst fernhalten wollte von Einzeldingen und ich schliessae es daraus, dass immer wieder gesagt wurde, irgendwelche Misstaende wurden schon in Angriff genommen, aber erst nach einer Befriedigung der Frontlage oder nach dem Kriege, wenn eine Entscheidung des Fuehrers dafuer eingeholt werden koennte.

30. F. Also Sie glauben, dass BORMANN absolut ein Instrument von HITLER gewesen ist?

A. Ja. Das ist schon so gewesen.

31. F. Dass er anderweitig absolut unstaendig war? Ich moechte ganz klar wissen, ob Sie glauben, dass BORNIER absolut unstaendig war.
- A. Keine Antwort.
32. F. Also Sie glauben es?
- A. Also wenn
33. F. Nichts wenn. Das ist doch einfach zu beantworten. Ich kann mir doch Meinungen ueber Leute bilden, ob sie ein Schwein, unstaendig, bloesde, gescheit sind. Hozu braucht man da ein "wenn". Sie kennen ihn besser als ich. Ich habe ihn niemals gesehen.
- A. Ich habe ihn vielleicht viermal gesehen. Er hat eine unheilvolle Rolle gespielt und deshalb wird das Urteil der Geschichte ueber ihn negativ sein, aber ich habe keine Beweise dafuer, dass er aus rein persoenlichen verbrecherischen Motiven Dinge getan hat, die nicht in Uebereinstimmung mit HITLER waren.
34. F. Das ist so verklausuliert, dass es neberhaupt keinen Wert hat.
- A. Es ist schwer, ein Urteil ueber Dinge zu geben, ueber die man selbst nicht endgultig unterrichtet ist. Man moechte ja versuchen, irgendwie gerecht zu sein.
35. F. Sie sind immer noch verborbt.
- A. Das kann ich nicht sagen. Ich bin mir darueber klar, dass ein Mann wie der Reichsfuehrer SS ein Verbrecher ist.
36. F. Vorlage des Briefes THIENACK an BORNIER vom 13. Oktober 1942.
- A. Diese Sache ist mir grundszaetzlich bekannt, weil sie in der Presse bei dem Juristenprozess erwahnt worden ist, dass ihnen vorgeworfen wird, dass sie die Justiz ueber Polen uow. der Polizei ausgeliefert haettten. Offensichtlich ist nach dem Inhalt des Schreibens die Initiative vom Reichsfuehrer ausgegangen.
37. F. Dieser BORNIER hat in seiner Dienststelle planmaessig Leute ausgesucht, die ihm in seinen Vorsuetzen nur einen Knochenhuh vor den Nagen werfen konnten?
- A. Der Aufbau der Parteidikanzlei ist ja wohl schon seit 1938/39 im wesentlichen erfolgt und ich weiss genau, dass bei der Frage der Besetzung der staatsrechtlichen Abteilung nicht etwa davon ausgegangen wurde, wer ist ein besonderer williger Vertreter der Partei, sondern dass man sogar in die Partei-

kanzlei Leute genommen hat, die erst ganz jung oder in zwei Fällen noch überhaupt nicht Parteigenossen waren. Vielfach sind diese Männer auch fachlich von den Ministerien ausgewählt worden, sodass ich mir nicht denken kann, dass BORNHANN von vornherein davon ausgegangen ist, Personen in die Staatsrechtliche Abteilung zu bekommen, die völlig willfährig sind, sondern er wollte sich einer ausgesuchten funktionierende Rechtsberatung aufbauen, dass er dann, wenn es ihm im Einzelfall passte, wirksam z.B. gegen Nachbestrebungen einzelner Reichsleiter vorgehen könnte.

RESTRIKTE

Institut für Zeitgeschichte Archiv